



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

78. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 31. Oktober 2024

Nummer 31

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
203011 20320 20321 20323	29.10.2024	Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen	656
2221 2223	29.10.2024	Gesetz zur Aufhebung des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen, des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens und weiterer Vorschriften sowie zur Regelung von Rechten und Pflichten im förmlichen Disziplinarverfahren der Evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen	697

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter des Landes NRW (GV. NRW.) und die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Ministerialblätter für das Land NRW (MBl. NRW.) und die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBL. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW (<https://lv.recht.nrw.de>) und im Internet (<https://recht.nrw.de>) zur Verfügung.

203011
20320
20321
20323

Gesetz
zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge
in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung
weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land
Nordrhein-Westfalen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz
zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge
in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung
weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land
Nordrhein-Westfalen

Vom 29. Oktober 2024

20320

Artikel 1
Änderung des
Landesbesoldungsgesetzes

Das Landesbesoldungsgesetz vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 5. Dezember 2023 (GV. NRW. S. 1276) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) In der Angabe zu § 17 wird die Angabe „2022“ durch die Angabe „2024“ ersetzt.
 - b) Nach der Angabe zu § 71a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 71b Ergänzungszuschlag zum Familienzuschlag“.
 - c) Nach der Angabe zu § 91a wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 91b Ausgleichszulage zum Familienzuschlag“.
 - d) Nach der Angabe zu Anlage 17 wird folgende Angabe eingefügt:
„Anlage 18: Berechnungsgrundlagen für den Ergänzungszuschlag zum Familienzuschlag“.
2. § 2 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
„(3) Die Berechtigten nach Absatz 1 können auf die ihnen gesetzlich zustehende Besoldung weder ganz noch teilweise verzichten. Ausgenommen sind vermögenswirksame Leistungen und Leistungen im Rahmen einer Entgeltumwandlung für vom Dienstherrn geleaste Dienstfahräder, die den Berechtigten auch zur privaten Nutzung überlassen werden, wenn es sich um Fahräder im verkehrsrechtlichen Sinn handelt. Eine Entgeltumwandlung nach Satz 2 setzt außerdem voraus, dass sie für eine Maßnahme erfolgt, die den Berechtigten vom Dienstherrn angeboten wird und es diesen freigestellt ist, ob sie das Angebot annehmen.“
3. § 3 Absatz 7 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „in dem Haushaltsjahr“ werden durch die Wörter „innerhalb des jeweiligen Haushaltsjahres“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:
„Eine Geltendmachung von Ansprüchen für vergangene und nachfolgende Haushaltsjahre ist unwirksam.“
4. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17

Anpassung der Besoldung im
Jahr 2024

(1) Ab dem 1. November 2024 erhöhen sich um 200 Euro

1. die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, R und W sowie die auslaufenden Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen C und H sowie
 2. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag.
- (2) Ab dem 1. November 2024 erhöhen sich um 4,76 Prozent
1. der Familienzuschlag einschließlich der Erhöhungsbeträge,
 2. die Amtszulagen,
 3. die Strukturzulage,
 4. die Stellenzulage nach § 56 Nummer 3,
 5. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung von Beamten in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774) geändert worden ist, in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 3,
 6. die Zuschüsse und Sonderzuschüsse nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und Nummer 2 der fortgeltenden Besoldungsordnung C,
 7. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse der fortgeltenden Landesbesoldungsordnung H und
 8. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderer Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist.
- (3) Ab dem 1. November 2024 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 100 Euro.
- (4) Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.
- (5) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die nach Absatz 2 Nummer 5 erhöhten Beträge im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen.“
5. Nach § 71a wird folgender § 71b eingefügt:

„§ 71b

Ergänzungszuschlag zum Familienzuschlag

- (1) Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern mit Anspruch auf Familienzuschlag wird auf Antrag ein Ergänzungszuschlag zum Familienzuschlag gewährt, wenn
1. deren Ehegattin oder Ehegatte nicht über ein monatliches Nettoeinkommen in Höhe von mindestens der Geringfügigkeitsgrenze einer geringfügigen Beschäftigung gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973; 2011 I S. 363) in der jeweils geltenden Fassung verfügt und
 2. die Summe der monatlichen Nettoalimentation der Beamtin, des Beamten, der Richterin oder des Richters und des monatlichen Nettoeinkommens der Ehegattin oder des Ehegatten nicht fünfzehn Prozent über dem monatlichen grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarf der Beamtin, des Beamten, der Richterin oder des Richters und der im Familienzuschlag zu berücksichtigenden Personen nach Anlage 18 liegt (Nettofehlbetrag).

Der Ergänzungszuschlag wird, unter Berücksichtigung der Lohnsteuerabzugsmerkmale sowie der Lohnsteuerklasse III, in Höhe des zum Ausgleich des

Nettofehlbetrages erforderlichen Betrages mit den monatlichen Bezügen gewährt.

(2) Monatliches Nettoeinkommen der Ehegattin oder des Ehegatten ist der zwölfte Teil deren oder dessen Einkommens des Kalenderjahres gemäß § 18a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch sowie Einkünfte aus einer geringfügigen Beschäftigung gemäß § 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch abzüglich der von der Ehegattin oder dem Ehegatten zu tragenden Steuern und Sozialabgaben. Die Berechnung des Nettoeinkommens aus Einkünften, die der Lohnsteuer gemäß § 38 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862) in der jeweils geltenden Fassung unterliegen, für die keine Pauschalversteuerung durch den Arbeitgeber erfolgt, erfolgt nach Maßgabe der Anlage 18.

(3) Bei der Ermittlung der monatlichen Nettoalimentation sowie der Berechnung der Höhe des Ergänzungszuschlages sind Kürzungen der Besoldung, der Verlust der Besoldung und Anrechnungen auf die Besoldung nach diesem Gesetz sowie Kürzungen der Dienstbezüge nach dem Landesdisziplinalgesetz vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 624) in der jeweils geltenden Fassung unbeachtlich. Die Berechnung der Nettoalimentation erfolgt im Übrigen nach Maßgabe der Anlage 18.

(4) Der Antrag ist schriftlich bei der für die Zahlbarmachung der Bezüge zuständigen Stelle zu stellen. Der Ergänzungszuschlag wird für die Dauer des Kalenderjahres gewährt, in dem der Antrag gestellt wurde, soweit die Voraussetzungen nach Absatz 1 vorliegen. Bei der Antragstellung ist das monatliche Nettoeinkommen der Ehegattin oder des Ehegatten von der Antragstellerin oder dem Antragsteller nachzuweisen. Sofern der Nachweis im Zeitpunkt der Antragstellung nicht möglich ist, genügt die Glaubhaftmachung. In den Fällen des Satzes 4 wird der Ergänzungszuschlag bis zur Erbringung des Nachweises unter dem Vorbehalt der Rückforderung gewährt. Der Nachweis ist spätestens bis zum Ablauf des übernächsten, auf den Bewilligungszeitraum folgenden Kalenderjahres zu erbringen. Änderungen der Einkommensverhältnisse der Ehegattin oder des Ehegatten sind vom Antragsteller unverzüglich bei der nach Satz 1 zuständigen Stelle anzuzeigen; die Sätze 3 und 4 gelten entsprechend.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden entsprechende Anwendung, wenn sich die Beamtin, der Beamte, die Richterin oder der Richter in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266), das zuletzt durch Artikel 5 Absatz 3 des Gesetzes vom 11. Juni 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 185) geändert worden ist, befindet.

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten nicht für Beamtinnen und Beamte mit Anspruch auf Anwärterbezüge.

(7) Die Absätze 1 bis 6 gelten entsprechend für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, denen gemäß § 43 Absatz 5 ein Anspruch auf einen Unterschiedsbetrag zusteht.“

6. Nach § 91a wird folgender § 91b eingefügt:

„§ 91b

Ausgleichszulage zum Familienzuschlag

(1) Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richtern mit Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 4 oder höher, dessen Betrag sich aufgrund von Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen vom 29. Oktober 2024 (GV. NRW. S. 656) verringert hat, wird eine Ausgleichszulage gewährt. Die Ausgleichszulage bemisst sich jeweils nach dem Unterschiedsbetrag, der sich aus der Differenz zwischen der Höhe des Familienzuschlages zum 31. Dezember 2023 und 1. Januar 2024 ergibt. Diese Ausgleichszulage ver-

mindert sich bei jeder gesetzlichen Erhöhung des Familienzuschlages um den Erhöhungsbetrag.

(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, denen im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis 31. Oktober 2024 ein Anspruch auf Familienzuschlag der Stufe 4 oder höher zugestanden und der sich aufgrund von Artikel 1 des Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge in den Jahren 2024 und 2025 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen rückwirkend verringert hat.

(3) Die Gewährung der Ausgleichszulage nach den Absätzen 1 und 2 entfällt bei einem Wechsel des Hauptwohnsitzes sowie bei einer Änderung der Familienverhältnisse, die für die Bestimmung der Stufe des Familienzuschlages nach § 42 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 maßgeblich sind und zu einer Erhöhung der Stufe des Familienzuschlages führen, sofern die Änderung nach Ablauf des 31. Oktober 2024 eingetreten ist.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter, die gemäß § 43 Absatz 3 Anspruch auf einen Unterschiedsbetrag haben.“

7. In der Anlage 2 wird in der Gliederungseinheit „Besoldungsgruppe B 3“ nach den Wörtern „Direktorin, Direktor des Landesamtes zur Bekämpfung“ das Wort „von“ durch das Wort „der“ ersetzt.
8. Die Anlagen 6 bis 12 erhalten die aus den Anhängen 1 bis 7 zu diesem Gesetz ersichtlichen Fassungen.
9. Die Anlage 13 erhält die aus dem Anhang 8 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
10. Die Anlagen 13 bis 16 erhalten die aus den Anhängen 9 bis 12 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
11. Nach der Anlage 17 wird die aus dem Anhang 13 zu diesem Gesetz ersichtliche Anlage 18 eingefügt.

20320

Artikel 2

Weitere Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Das Landesbesoldungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 17 die Angabe „2024“ durch die Angabe „2025“ ersetzt.
2. § 17 wird wie folgt gefasst:

„§ 17

Anpassung der Besoldung im Jahr 2025

- (1) Ab dem 1. Februar 2025 erhöhen sich um 5,5 Prozent
 1. die Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen A, B, R und W sowie die auslaufenden Grundgehaltssätze der Landesbesoldungsordnungen C und H,
 2. der Familienzuschlag einschließlich der Erhöhungsbeträge,
 3. die Amtszulagen,
 4. die Strukturzulage,
 5. die Stellenzulage nach § 56 Nummer 3,
 6. die Ober- und Untergrenzen der Grundgehaltsspannen für den Auslandszuschlag,
 7. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774) geändert worden ist, in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 3,
 8. die Zuschüsse und Sonderzuschüsse nach den Vorbemerkungen Nummer 1 und Nummer 2 der fortgeltenden Besoldungsordnung C,

9. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse der fortgeltenden Landesbesoldungsordnung H und
 10. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderer Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322), das durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Februar 2006 (BGBl. I S. 334) geändert worden ist.
- (2) Ab dem 1. Februar 2025 erhöhen sich die Anwärtergrundbeträge um 50 Euro.
- (3) Die sich bei der Berechnung der erhöhten Beträge ergebenden Bruchteile eines Cents sind hinsichtlich der Beträge des Familienzuschlags der Stufe 1 auf den nächsten durch zwei teilbaren Centbetrag aufzurunden und im Übrigen kaufmännisch zu runden.
- (4) Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, die nach Absatz 1 Nummer 7 erhöhten Beträge im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen bekannt zu machen.“
3. Die Anlagen 6 bis 16 erhalten die aus den Anhängen 14 bis 24 zu diesem Gesetz ersichtlichen Fassungen.
 4. Die Anlage 18 erhält die aus dem Anhang 25 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

20323

Artikel 3

Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 30. Mai 2023 (GV. NRW. S. 317) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht wird in der Angabe zu § 93b die Angabe „11a“ durch die Angabe „11c“ ersetzt.
 2. § 3 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Wörter „in dem Haushaltsjahr“ werden durch die Wörter „innerhalb des jeweiligen Haushaltsjahres“ ersetzt.
 - b) Folgender Satz wird angefügt:

„Eine Geltendmachung von Ansprüchen für vergangene und nachfolgende Haushaltsjahre ist unwirksam.“
 3. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 2 Buchstabe b wird das Komma durch das Wort „und“ ersetzt.
 - bbb) In Nummer 3 wird das Wort „und“ durch einen Punkt ersetzt.
 - ccc) Nummer 4 wird aufgehoben.
 - bb) Satz 2 wird aufgehoben.
 - b) Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 2 wird das Wort „, oder“ durch einen Punkt ersetzt.
 - bb) Nummer 3 wird aufgehoben.
 4. § 39 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Das Heilverfahren umfasst die notwendige

 1. ärztliche, zahnärztliche und psychotherapeutische Behandlung,
 2. Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, mit Geräten zur Selbstbehandlung und zur Selbstkontrolle sowie mit Körperersatzstücken, die den Erfolg der Heilbehandlung sichern oder die Unfallfolgen erleichtern sollen,
 3. Pflege (§ 40),
 4. Behandlung in Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen,
 5. Haushaltshilfe und
 6. Fahrten.“
- b) Dem Absatz 3 werden folgende Sätze angefügt:
- „Kraftfahrzeughilfe wird gewährt, wenn die oder der Verletzte infolge des Dienstunfalls nicht nur vorübergehend auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist, um die zur Dienstausübung erforderlichen Wege zurückzulegen. Notwendige Aufwendungen für eine bedarfsgerechte Anpassung des Wohnumfelds werden erstattet, wenn infolge des Dienstunfalls nicht nur vorübergehend die Anpassung vorhandenen oder die Beschaffung bedarfsgerechten Wohnraums erforderlich ist.“
5. § 58 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 6 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Sind mehrere Anspruchsberechtigte vorhanden, ist der Unterschiedsbetrag anteilig nach der Anzahl der Anspruchsberechtigten auszuzahlen. Für die Bestimmung der Mietenstufe sind dabei jeweils die individuellen Verhältnisse der oder des Versorgungsberechtigten maßgeblich.“
 - bb) Im neuen Satz 8 wird die Angabe „7,59“ durch die Angabe „8,39“ ersetzt.
 - b) Nach Absatz 1a wird folgender Absatz 1b eingefügt:

„(1b) Die Absätze 1 und 1a finden entsprechende Anwendung bei Gewährung einer Ausgleichszulage nach § 91b des Landesbesoldungsgesetzes.“
 6. § 62 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 3 wird das Komma am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 4 wird das Wort „und“ durch einen Punkt ersetzt.
 - cc) Nummer 5 wird aufgehoben.
 - b) Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Bezieht die Versorgungsempfängerin oder der Versorgungsempfänger vor Erreichen der Regelaltersgrenze eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, endet die Leistung mit Ablauf des Tages vor dem Beginn der Rente.“
 7. § 66 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „525“ durch die Angabe „627,67“ ersetzt.
 - b) In Absatz 13 Satz 1 wird in dem Satzteil nach Nummer 2 die Angabe „2024“ durch die Angabe „2029“ ersetzt.
 8. In § 74 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b wird nach dem Wort „Rechtsstaates“ ein Komma und das Wort „Volksverhetzung“ eingefügt.
 9. § 76 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 wird die Angabe „§ 17,“ gestrichen.
 - b) Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Solange eine Versorgungsberechtigte oder ein Versorgungsberechtigter der Verpflichtung nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 schuldhaft nicht nachkommt, kann die Auszahlung der Versorgungsbezüge vorübergehend ausgesetzt werden.“
 10. § 93b wird wie folgt gefasst:

**„§ 93b
Übergangsvorschrift zur Anrechnung von
Leistungen nach § 3 Nummer 11c
des Einkommensteuergesetzes**

Eine in der Zeit vom 26. Oktober 2022 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2024 in Form von Zuschüssen und Sachbezügen gewährte Leistung, die nach § 3 Nummer 11c des Einkommensteuergesetzes steuerfrei ist, gilt bis zu einem Betrag von 3 000 Euro nicht als Erwerbseinkommen.“

11. Die Anlage 1 erhält die aus dem Anhang 26 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.
12. Die Anlage 2 erhält die aus dem Anhang 27 zu diesem Gesetz ersichtliche Fassung.

20323

**Artikel 4
Weitere Änderung
des Landesbeamtenversorgungsgesetzes**

Das Landesbeamtenversorgungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 3 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 66 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 wird die Angabe „627,67“ durch die Angabe „648,67“ ersetzt.
2. In § 84 Absatz 3 werden die Angabe „1. Dezember 2022“ durch die Angabe „1. Februar 2025“, die Angabe „70,81“ durch die Angabe „78,26“ und die Angabe „69,98“ durch die Angabe „77,34“ ersetzt.

20321

Artikel 5

Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Auf Grund des § 32 Absatz 3 Satz 6 des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 11. März 2003 (GV. NRW. S. 135, ber. S. 431), der durch Gesetz vom 9. November 2021 (GV. NRW. S. 1190) neu gefasst worden ist, wird verordnet:

In § 1 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare vom 31. Oktober 2014 (GV. NRW. S. 716), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 25. März 2022 (GV. NRW. S. 377) geändert worden ist, wird die Angabe „1375,17“ durch die Angabe „1 475,17“ ersetzt.

20321

Artikel 6

Weitere Änderung der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

Auf Grund des § 32 Absatz 3 Satz 6 des Juristenausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 11. März 2003 (GV. NRW. S. 135, ber. S. 431), der durch Gesetz vom 9. November 2021 (GV. NRW. S. 1190) neu gefasst worden ist, wird verordnet:

In § 1 Absatz 1 Satz 3 der Verordnung über die Gewährung einer monatlichen Unterhaltsbeihilfe an Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare, die zuletzt durch Artikel 5 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „1 475,17“ durch die Angabe „1 525,17“ ersetzt.

203011

Artikel 7

Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Auf Grund des § 7 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) wird verordnet:

In § 3 Absatz 1 Satz 2 der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis vom 27. April 2018 (GV. NRW. S. 212), die zuletzt

durch Verordnung vom 16. Februar 2023 (GV. NRW. S. 152) geändert worden ist, wird die Angabe „2 432,32“ durch die Angabe „2 532,32“ ersetzt.

203011

Artikel 8

Weitere Änderung der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Auf Grund des § 7 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) wird verordnet:

In § 3 Absatz 1 Satz 2 der Ausbildungsordnung Justizdienst 1.2 im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die zuletzt durch Artikel 7 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „2 532,32“ durch die Angabe „2 582,32“ ersetzt.

203011

Artikel 9

Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Auf Grund des § 7 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) wird verordnet:

In § 5 Absatz 1 Satz 2 der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis vom 12. Juli 2021 (GV. NRW. S. 920), die durch Artikel 5 des Gesetzes vom 25. März 2022 (GV. NRW. S. 377) geändert worden ist, wird die Angabe „2 432,32“ durch die Angabe „2 532,32“ ersetzt.

203011

Artikel 10

Weitere Änderung der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis

Auf Grund des § 7 Absatz 2 Satz 1 und 2 des Landesbeamtenversorgungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642) wird verordnet:

In § 5 Absatz 1 Satz 2 der Ausbildungsordnung für den Gerichtsvollzieherdienst im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, die zuletzt durch Artikel 9 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird die Angabe „2 532,32“ durch die Angabe „2 582,32“ ersetzt.

20320

Artikel 11

Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Auf Grund des § 65 Satz 1 in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 2 des Landesbesoldungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), von denen § 92 Absatz 1 Nummer 2 durch Artikel 5 Nummer 16 des Gesetzes vom 7. April 2017 (GV. NRW. S. 414) geändert worden ist, wird verordnet:

Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3498), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Mai 2023 (GV. NRW. S. 317) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „3,73“ durch die Angabe „3,91“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „1,78“ durch die Angabe „1,86“ ersetzt.

20320

Artikel 12

Weitere Änderung der Erschwerniszulagenverordnung

Auf Grund des § 65 Satz 1 in Verbindung mit § 92 Absatz 1 Nummer 2 des Landesbesoldungsgesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), von denen § 92 Absatz 1 Nummer 2 durch Artikel 5 Nummer 16 des

Gesetzes vom 7. April 2017 (GV. NRW. S. 414) geändert worden ist, wird verordnet:

Die Erschwerniszulagenverordnung, die zuletzt durch Artikel 11 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Absatz 1 Nummer 1 wird die Angabe „3,91“ durch die Angabe „4,13“ ersetzt.
2. In § 17 wird die Angabe „1,86“ durch die Angabe „1,96“ ersetzt.

Artikel 13
Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 bis 6 am 1. November 2024 in Kraft.
- (2) Artikel 3 Nummer 1 und 10 tritt mit Wirkung vom 26. Oktober 2022 in Kraft.
- (3) Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b bis d, Nummer 3, 5, 6, 9 und 11 sowie Artikel 3 Nummer 2, 3, 5 Buchstabe b, 6, 7 Buchstabe a und 9 Buchstabe a treten mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft.
- (4) Artikel 1 Nummer 7, Artikel 3 Nummer 4, 8 und 9 Buchstabe b treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (5) Artikel 2 Nummer 4, Artikel 3 Nummer 7 Buchstabe b und Artikel 4 Nummer 1 treten am 1. Januar 2025 in Kraft.
- (6) Artikel 2 Nummer 1 bis 3, Artikel 4 Nummer 2 sowie Artikel 6, 8, 10 und 12 treten am 1. Februar 2025 in Kraft.

Düsseldorf, den 29. Oktober 2024

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
Hendrik W ü s t

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz
und Energie
Mona Ne ub a u r

Der Minister der Finanzen
Dr. Marcus O p t e n d r e n k

Der Minister des Innern
Herbert Re u l

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
Josefine P a u l

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Karl-Josef L a u m a n n

Die Ministerin für Schule und Bildung
Dorothee F e l l e r

Die Ministerin für Heimat, Kommunales,
Bau und Digitalisierung
Ina S c h a r r e n b a c h

Der Minister der Justiz
Dr. Benjamin L i m b a c h

Der Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr
Oliver K r i s c h e r

Die Ministerin für Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Silke G o r i ß e n

Die Ministerin für Kultur und Wissenschaft

Ina B r a n d e s

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und
Chef der Staatskanzlei

Nathanael L i m i n s k i

Anhang 1
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 6

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung A

Besoldungsgruppe	2 - Jahres - Rhythmus				3 - Jahres - Rhythmus				4 - Jahres - Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5			2821,19	2884,33	2947,46	3010,60	3073,73	3136,87	3200,03	3263,18		
A 6			2868,80	2938,11	3007,44	3076,78	3146,11	3215,42	3284,74	3354,04		
A 7			2948,92	3035,14	3121,34	3207,49	3293,71	3355,24	3416,82	3478,41		
A 8			3023,84	3134,29	3244,74	3355,20	3465,68	3539,30	3612,94	3686,60	3760,21	
A 9			3153,03	3269,51	3385,96	3502,44	3618,91	3698,93	3779,06	3859,11	3939,16	
A 10			3387,15	3536,34	3685,58	3834,79	3984,03	4083,51	4183,47	4285,21	4386,98	
A 11			3711,98	3860,44	4008,93	4157,42	4309,21	4410,44	4511,71	4614,36	4717,63	4820,95
A 12				4131,13	4311,51	4492,61	4676,27	4799,42	4922,56	5045,74	5168,91	5292,00
A 13					4788,38	4987,81	5187,26	5320,25	5453,21	5586,21	5719,21	5852,17
A 14					5072,00	5330,67	5589,29	5761,74	5934,16	6106,62	6279,06	6451,51
A 15						5828,53	6112,90	6340,39	6567,90	6795,43	7022,95	7250,45
A 16						6402,35	6731,20	6994,35	7257,49	7520,57	7783,72	8046,84

Anhang 2
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 7

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	
B 1	7250,45
B 2	8379,70
B 3	8857,80
B 4	9358,52
B 5	9932,99
B 6	10475,49
B 7	11003,17
B 8	11553,20
B 9	12236,09
B 10	14356,81
B 11	14903,36

Anhang 3
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 8

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	2 - Jahres - Rhythmus											
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		4888,58	4993,56	5264,42	5535,33	5806,17	6077,05	6347,93	6618,80	6889,70	7160,52	7431,45
R 2			5641,98	5912,83	6183,72	6454,62	6725,49	6996,34	7267,24	7538,10	7808,97	8079,81
R 3	8857,80											
R 4	9358,52											
R 5	9932,99											
R 6	10475,49											
R 7	11003,17											
R 8	11553,20											

Anhang 4
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 9

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe	
W 1	5127,21
W 2	6684,33
W 3	7362,51

Anhang 5
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Grundgehaltssätze - auslaufend -
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 10

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe/Stufe	2 - Jahres - Rhythmus														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4132,44	4262,16	4392,49	4522,85	4655,39	4788,38	4921,33	5054,31	5187,26	5320,25	5453,21	5586,21	5719,21	5852,17	
C 2	4140,40	4347,65	4555,59	4767,57	4979,45	5191,37	5403,29	5615,23	5827,13	6039,06	6250,99	6462,88	6674,80	6886,74	7098,66
C 3	4516,38	4755,74	4995,69	5235,66	5475,60	5715,58	5955,54	6195,47	6435,43	6675,36	6915,32	7155,29	7395,23	7635,20	7875,15
C 4	5645,45	5886,67	6127,89	6369,11	6610,31	6851,52	7092,79	7333,94	7575,15	7816,37	8057,59	8298,80	8540,02	8781,23	9022,43

Anhang 6
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Grundgehaltssätze - auslaufend -
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 11

Gültig ab 1. November 2024

Landesbesoldungsordnung H

Besoldungs- gruppe/Stufe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
H 1	4132,44	4262,16	4392,48	4522,85	4655,39	4788,36	4921,34	5054,31	5187,26	5320,25	5453,21	5586,22	5719,21	5852,17	
H 2	4216,35	4385,41	4554,65	4727,10	4899,55	5071,99	5244,41	5416,85	5589,29	5761,74	5934,16	6106,62	6279,06	6451,51	
H 3	4596,18	4785,76	4975,39	5164,98	5354,55	5544,16	5733,72	5923,28	6112,90	6302,50	6492,11	6681,64	6871,24	7060,84	7250,45
H 4	4977,11	5196,37	5415,63	5634,91	5854,16	6073,40	6292,73	6511,93	6731,24	6950,52	7169,78	7389,01	7608,30	7827,60	8046,84
H 5	6142,21	6381,12	6620,00	6858,90	7097,78	7336,65	7575,59	7814,43	8053,34	8292,21	8531,09	8769,98	9008,91	9247,76	9486,65

Anhang 7
(zu Artikel 1 Nummer 7)

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 12

Gültig ab 1. November 2024

Besoldungsgruppe des Einstiegsamtes, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1449,78
A 9 bis A 11	1505,68
A 12	1650,37
A 13	1683,28
A 13 mit Zulage nach § 47 Buchstabe d	1719,43

Anhang 8 (zu Artikel 1 Nummer 8)

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte (Monatsbeträge in Euro)

Anlage 13

Gültig ab 1. Januar 2024

Stufe 1 (§ 43 Absatz 1)

Besoldungsgruppen A 5 und A 6	148,94
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	147,18
übrige Besoldungsgruppen	152,68

Stufe 2 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	285,07	285,07	328,46	456,04	572,93	698,63	840,05
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	281,71	281,71	325,10	452,68	569,57	695,27	836,69
übrige Besoldungsgruppen	285,62	285,62	329,01	456,59	573,48	699,18	840,60

Stufe 3 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	648,75	774,80	904,69	1055,62	1198,71	1345,83	1517,83
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	643,79	769,84	899,73	1050,66	1193,75	1340,87	1512,87
übrige Besoldungsgruppen	646,11	772,16	902,05	1052,98	1196,07	1343,19	1515,19

Stufe 4 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1276,66	1422,20	1574,93	1752,74	1915,99	2088,72	2289,09
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1266,72	1412,26	1564,99	1742,80	1906,05	2078,78	2279,15
übrige Besoldungsgruppen	1264,11	1409,65	1562,38	1740,19	1903,44	2076,17	2276,54

Stufe 5 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1909,19	2076,47	2253,05	2455,55	2639,77	2849,87	3079,62
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1894,27	2061,55	2238,13	2440,63	2624,85	2834,95	3064,70
übrige Besoldungsgruppen	1886,73	2054,01	2230,59	2433,09	2617,31	2827,41	3057,16

Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	669,70	694,28	721,45	749,80	774,12	817,65	852,36
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	664,72	689,30	716,47	744,82	769,14	812,67	847,38
übrige Besoldungsgruppen	659,79	684,37	711,54	739,89	764,21	807,74	842,45

Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich in der Besoldungsgruppe A 5 für das erste zu berücksichtigende Kind um 7,61 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 22,78 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**noch Anhang 8
(zu Artikel 1 Nummer 8)**

**Famillenzuschlag
für AnwärterInnen und Anwärter*
(Monatsbeträge in Euro)**

**noch Anlage 13
Gültig ab 1. Januar 2024**

**Stufe 1
(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	147,18
übrige Besoldungsgruppen	154,54

**Stufe 2
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	281,71	281,71	325,10	452,68	569,57	695,27	838,69
übrige Besoldungsgruppen	289,07	289,07	332,46	460,04	576,93	702,63	844,05

**Stufe 3
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	843,79	769,84	899,73	1050,86	1193,75	1340,87	1512,87
übrige Besoldungsgruppen	651,15	777,20	907,09	1058,02	1201,11	1348,23	1520,23

**Stufe 4
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1266,72	1412,26	1564,99	1742,80	1906,05	2078,78	2279,15
übrige Besoldungsgruppen	1274,08	1419,62	1572,35	1750,16	1913,41	2086,14	2286,51

**Stufe 5
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1894,27	2061,55	2238,13	2440,83	2624,85	2834,95	3064,70
übrige Besoldungsgruppen	1901,63	2068,91	2245,49	2447,99	2632,21	2842,31	3072,06

Für das fünfte und jedes weitere im Famillenzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Famillenzuschlag um

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	664,72	689,30	716,47	744,82	769,14	812,67	847,38
übrige Besoldungsgruppen	664,72	689,30	716,47	744,82	769,14	812,67	847,38

Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:

Der Famillenzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 7,50 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 22,50 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anhang 9 (zu Artikel 1 Nummer 9)

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte (Monatsbeträge in Euro)

Anlage 13

Gültig ab 1. November 2024

Stufe 1 (§ 43 Absatz 1)

Besoldungsgruppen A 5 und A 6	156,04
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	154,20
übrige Besoldungsgruppen	159,98

Stufe 2 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	298,64	298,64	344,09	477,75	600,20	731,88	880,04
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	295,12	295,12	340,57	474,23	596,68	728,36	876,52
übrige Besoldungsgruppen	299,22	299,22	344,67	478,32	600,78	732,46	880,61

Stufe 3 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	679,63	811,68	947,75	1105,87	1255,77	1409,89	1590,08
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	674,43	806,48	942,56	1100,67	1250,57	1404,70	1584,88
übrige Besoldungsgruppen	676,86	808,91	944,99	1103,10	1253,00	1407,13	1587,31

Stufe 4 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1337,43	1489,90	1649,90	1836,17	2007,19	2188,14	2398,05
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1327,02	1479,48	1639,48	1825,76	1996,78	2177,73	2387,64
übrige Besoldungsgruppen	1324,28	1476,75	1636,75	1823,02	1994,04	2175,00	2384,90

Stufe 5 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	2000,07	2175,31	2360,30	2572,43	2765,42	2985,52	3226,21
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1984,44	2159,68	2344,66	2556,80	2749,79	2969,89	3210,58
übrige Besoldungsgruppen	1976,54	2151,78	2336,77	2548,91	2741,89	2961,99	3202,68

Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	701,58	727,33	755,79	785,49	810,97	856,57	892,93
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	696,36	722,11	750,57	780,27	805,75	851,35	887,72
übrige Besoldungsgruppen	691,20	718,95	745,41	775,11	800,59	846,19	882,55

Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich in der Besoldungsgruppe A 5 für das erste zu berücksichtigende Kind um 7,97 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 23,86 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**noch Anhang 9
(zu Artikel 1 Nummer 9)**

Famillenzuschlag **noch Anlage 13**
für AnwärterInnen und Anwärter* Gültig ab 1. November 2024
(Monatsbeträge in Euro)

Stufe 1
(§ 43 Absatz 1)

Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	154,20
übrige Besoldungsgruppen	181,90

Stufe 2
(§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	295,12	295,12	340,57	474,23	596,68	728,36	876,52
übrige Besoldungsgruppen	302,83	302,83	348,29	481,94	604,39	736,08	884,23

Stufe 3
(§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	674,43	806,48	942,56	1100,87	1250,57	1404,70	1584,88
übrige Besoldungsgruppen	682,14	814,19	950,27	1108,38	1258,28	1412,41	1592,59

Stufe 4
(§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1327,02	1479,48	1639,48	1825,76	1996,78	2177,73	2387,64
übrige Besoldungsgruppen	1334,73	1487,19	1647,19	1833,47	2004,49	2185,44	2395,35

Stufe 5
(§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1984,44	2159,68	2344,66	2556,80	2749,79	2969,89	3210,58
übrige Besoldungsgruppen	1992,15	2167,39	2352,38	2564,51	2757,50	2977,80	3218,29

Für das fünfte und jedes weitere im Famillenzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Famillenzuschlag um

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	696,36	722,11	750,57	780,27	805,75	851,35	887,72
übrige Besoldungsgruppen	696,36	722,11	750,57	780,27	805,75	851,35	887,72

Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:

Der Famillenzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 7,86 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 23,57 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anhang 10 (zu Artikel 1 Nummer 9)

Amtszulagen und Strukturzulage

(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 14

Gültig ab 1. November 2024

Amtszulagen

nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 5	87,76
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 6	87,76
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 7	86,71
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 7	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 9 kw	345,74
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 9	345,74
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 13	240,89
nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 13	338,11
nach Fußnote 8, 10 und 11 zur Besoldungsgruppe A 13	351,37
nach Fußnote 12 zur Besoldungsgruppe A 13	280,53
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14	240,89
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 14	240,89
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe A 14	372,19
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 14	574,62
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 15	240,89
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 15	240,89
nach Fußnote 6 zur Besoldungsgruppe A 15	240,89
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 15	240,89
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 15	236,39
nach Fußnote 1 und 2 zur Besoldungsgruppe R 1	266,32
nach Fußnote 3 bis 8 zur Besoldungsgruppe R 2	266,32
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe R 2	399,49
nach Fußnote 3 und 5 zur Besoldungsgruppe R 3	266,32
nach § 46	269,40

Strukturzulage

nach § 47	
Buchstabe a	10,77
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	86,15
Doppelbuchstabe bb	97,28
Buchstabe c	108,11
Buchstabe d	108,11
nach § 87 Absatz 4 Satz 3	108,11

Anhang 11 (zu Artikel 1 Nummer 9)

Stellenzulagen und andere Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 15

Gültig ab 1. November 2024

nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 9	8 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 9
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	78,61
nach Fußnote 7 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	18,35
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14 kw	48,45
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw	106,93
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe B 2	117,92
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe B 3	117,92
nach § 49 oder § 50 oder § 51	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	66,87
A 7 und A 8 und für Anwärter	66,08
ab A 9	65,28
von zwei Jahren in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	133,75
A 7 und A 8 und für Anwärter	132,16
ab A 9	130,56
nach § 52	
Die Zulage beträgt	
in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	17,90
A 7 und A 8	17,69
ab A 9	17,48
in der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt	
	39,31
nach § 53 Abs. 1	
Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	386,54
A 7 und A 8	381,94
ab A 9	377,33
Nummer 2	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	309,23
A 7 und A 8	305,54
ab A 9	301,86

**noch Anhang 11
(zu Artikel 1 Nummer 9)**

noch Anlage 15
Gültig ab 1. November 2024

nach § 55 Abs. 1 Nummer 1	
in voller Höhe	153,75
in Höhe von 2/3	102,50
nach § 55 Abs. 1 Nummer 2	93,17
nach § 55 Abs. 1 Nummer 3	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 13	21,75
A 14	57,42
nach § 55 Abs. 1 Nummer 4	
a) als Fachkraft	153,75
b) als Leiterin oder Leiter	256,25
nach § 56 Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 6	161,06
A 7 und A 8	159,14
A 9	157,23
ab A 10	196,52
nach § 56 Nummer 2	
bis A 6	40,27
A 7 und A 8	39,79
ab A 9	39,31
nach § 56 Nummer 3	135,23
nach § 63	266,50
nach § 64	
Die Zulage beträgt bei gleichzeitiger Ausübung eines Amtes in	
R 1	210,68
R 2	235,83
nach § 67	102,26

**Anhang 12
(zu Artikel 1 Nummer 9)**

Anlage 16
Gültig ab 1. November 2024

Auslandsbesoldung

Auslandszuschlag

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
		2.821,20	2.920,62	3.272,88	3.660,26	4.101,89	4.604,78	5.186,30	5.846,99	6.597,74	7.450,70	8.419,87	9.521,06	10.772,26	
	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	ab
Grundgehaltsspanne	2.821,19	2.920,61	3.272,87	3.660,25	4.101,88	4.604,77	5.186,29	5.848,98	6.597,73	7.450,69	8.419,86	9.521,05	10.772,25	12.193,91	12.193,92
Zonenstufe	Die betragsmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI, Tabelle VI.1 zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

Anhang 13
(zu Artikel 1 Nummer 10)
Berechnungsgrundlagen
für den Ergänzungszuschlag
zum Familienzuschlag

Anlage 18
 Gültig ab 1. Januar 2024

Monatliche Nettoalimentation

Berechnung der monatlichen Nettoalimentation im Sinne des § 71b Absatz 3; maßgeblich sind die Bezüge des jeweiligen Monats:

	Summe aus der Besoldung im Sinne des § 1 Absatz 4 (Dienstbezüge) und § 1 Absatz 5 (sonstige Bezüge) mit Ausnahme der Zuschläge nach § 8 Absatz 2 in Verbindung mit § 70, nach § 91 Absatz 4 und nach § 9 Absatz 2 in Verbindung mit § 71
+	Sonderzahlungen
-	Gesetzliche Lohnsteuer unter Berücksichtigung der Lohnsteuerklasse III und individueller Freibeträge und des nach dem Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) steuerlich absetzbaren Anteils der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (sog. "BEG-Anteil").
-	Solidaritätszuschlag (ohne Berücksichtigung der Kirchensteuer)
-	Kosten einer die Beihilfeleistungen des Dienstherrn ergänzenden Kranken- und Pflegeversicherung
+	Erstattungsbetrag für Beiträge zur Krankenversicherung nach § 12a Satz 2 der Beihilfenverordnung NRW
+	Kindergeld ¹
=	Monatliche Nettoalimentation

¹ Eine Berücksichtigung des Kindergeldes erfolgt unabhängig davon, ob es der Beamtin oder dem Beamten, der RichterIn oder dem Richter oder einer dritten Person gezahlt wird.

noch Anhang 13
(zu Artikel 1 Nummer 10)
Berechnungsgrundlagen
für den Ergänzungszuschlag
zum Familienzuschlag

noch Anlage 18
 Gültig ab 1. Januar 2024

Monatliches Nettoeinkommen der Ehegattin oder des Ehegatten

Berechnung des monatlichen Nettoeinkommens der Ehegattin oder des Ehegatten im Sinne des § 71b Absatz 2; maßgeblich sind die Werte des Kalenderjahres, für das ein Antrag nach § 71b Absatz 1 gestellt wurde:

	Summe der Einkünfte des Kalenderjahres, die der Lohnsteuer gemäß § 38 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862) in der jeweils geltenden Fassung unterliegen, für die keine Pauschalversteuerung durch den Arbeitgeber erfolgt.
-	Gesetzliche Lohnsteuer unter Berücksichtigung der Lohnsteuerklasse V und individueller Freibeträge. Bei Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern: Steuerliche Berücksichtigung des nach dem Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) steuerlich absetzbaren Anteils der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (sog. "BEG-Anteil").
-	Solidaritätszuschlag (ohne Berücksichtigung der Kirchensteuer)
-	Arbeitnehmeranteil an den gesetzlichen Sozialabgaben. Bei Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern: Kosten einer die Beihilfeleistungen des Dienstherrn ergänzenden Kranken- und Pflegeversicherung
+	Erstattungsbetrag für Beiträge zur Krankenversicherung nach § 12a Satz 2 der Beihilfenverordnung NRW
=	Nettoeinkommen des Kalenderjahres der Ehegattin oder des Ehegatten nach § 71b Absatz 2 Satz 2 Das auf einen Monat entfallende Nettoeinkommen (monatliches Nettoeinkommen) entspricht dem zwölften Teil des Nettoeinkommens des Kalenderjahres. Bei der Berechnung des Nettoeinkommens findet § 3 Absatz 6 entsprechende Anwendung.

**noch Anhang 13
(zu Artikel 1 Nummer 10)
Berechnungsgrundlagen
für den Ergänzungszuschlag
zum Familienzuschlag**

noch Anlage 18
Gültig ab 1. Januar 2024

Monatlicher grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf

Monatlicher grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf im Sinne des § 71b Absatz 1 Nummer 2 für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter mit Anspruch auf Familienzuschlag der

Stufe 1

(§ 43 Absatz 1)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	1.809,64 €	1.889,04 €	1.930,64 €	2.002,14 €	2.067,04 €	2.135,24 €	2.214,44 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	2.099,09 €	2.190,89 €	2.239,24 €	2.322,46 €	2.377,10 €	2.456,53 €	2.548,61 €

Stufe 2

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	2.478,47 €	2.545,77 €	2.519,47 €	2.704,17 €	2.781,17 €	2.863,67 €	2.955,07 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	2.847,34 €	2.927,64 €	2.912,30 €	3.109,80 €	3.198,35 €	3.293,22 €	3.399,48 €

Stufe 3

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	3.117,71 €	3.200,21 €	3.284,91 €	3.382,81 €	3.475,21 €	3.569,81 €	3.679,81 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	3.586,37 €	3.680,24 €	3.777,95 €	3.893,23 €	3.999,40 €	4.106,28 €	4.231,78 €

Stufe 4

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	3.735,13 €	3.828,63 €	3.926,53 €	4.039,83 €	4.143,23 €	4.252,13 €	4.377,53 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	4.296,40 €	4.402,92 €	4.515,61 €	4.645,80 €	4.784,71 €	4.889,95 €	5.034,16 €

Stufe 5

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	4.348,15 €	4.453,75 €	4.564,85 €	4.681,35 €	4.805,75 €	4.935,55 €	5.078,35 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	5.006,37 €	5.121,81 €	5.249,88 €	5.395,95 €	5.526,81 €	5.675,88 €	5.837,80 €

Stufe 6

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	4.961,17 €	5.078,97 €	5.203,17 €	5.342,87 €	5.488,27 €	5.618,97 €	5.775,17 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	5.706,35 €	5.840,70 €	5.983,85 €	6.144,30 €	6.299,51 €	6.461,22 €	6.641,45 €

Stufe 7

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	5.574,19 €	5.703,99 €	5.841,49 €	5.984,39 €	6.130,79 €	6.302,39 €	6.473,99 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	6.418,32 €	6.589,99 €	6.717,71 €	6.893,56 €	7.099,41 €	7.247,75 €	7.445,99 €

Stufe 8

(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	6.187,21 €	6.329,11 €	6.479,61 €	6.645,91 €	6.793,31 €	6.985,81 €	7.172,81 €
116 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	7.116,29 €	7.278,48 €	7.451,78 €	7.642,80 €	7.812,31 €	8.033,88 €	8.248,73 €

Anhang 14
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 6
Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung A

Besol- dungs- gruppe	2 - Jahres - Rhythmus				3 - Jahres - Rhythmus				4 - Jahres - Rhythmus			
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 5			2976,36	3042,97	3109,57	3176,18	3242,79	3309,40	3376,03	3442,65		
A 6			3026,58	3099,71	3172,85	3246,00	3319,15	3392,27	3465,40	3538,51		
A 7			3111,11	3202,07	3293,01	3383,90	3474,86	3539,78	3604,75	3669,72		
A 8			3190,15	3306,68	3423,20	3539,74	3656,29	3733,96	3811,65	3889,36	3967,02	
A 9			3326,45	3449,33	3572,19	3695,07	3817,95	3902,37	3986,91	4071,36	4155,81	
A 10			3573,44	3730,84	3888,29	4045,70	4203,15	4308,10	4413,56	4520,90	4628,26	
A 11			3916,14	4072,76	4229,42	4386,08	4546,22	4653,01	4759,85	4868,15	4977,10	5086,10
A 12				4358,34	4548,64	4739,70	4933,46	5063,39	5193,30	5323,26	5453,20	5583,06
A 13					5051,74	5262,14	5472,56	5612,86	5753,14	5893,45	6033,77	6174,04
A 14					5350,96	5623,86	5896,70	6078,64	6260,54	6442,48	6624,41	6806,34
A 15						6149,10	6449,11	6689,11	6929,13	7169,18	7409,21	7649,22
A 16						6754,48	7101,42	7379,04	7656,65	7934,20	8211,82	8489,42

Anhang 15
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 7
Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	
B 1	7649,22
B 2	8840,58
B 3	9344,98
B 4	9873,24
B 5	10479,30
B 6	11051,64
B 7	11608,34
B 8	12188,63
B 9	12909,07
B 10	15146,43
B 11	15723,04

Anhang 16
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 8
Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung R

Besoldungs- gruppe	2 - Jahres - Rhythmus											
	Erfahrungsstufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
R 1		5157,45	5268,21	5553,96	5839,77	6125,51	6411,29	6697,07	6982,83	7268,63	7554,35	7840,18
R 2			5952,29	6238,04	6523,82	6809,62	7095,39	7381,14	7666,94	7952,70	8238,46	8524,20
R 3	9344,98											
R 4	9873,24											
R 5	10479,30											
R 6	11051,64											
R 7	11608,34											
R 8	12188,63											

Anhang 17
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 9

Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung W

Besoldungsgruppe	
W 1	5409,21
W 2	7051,97
W 3	7787,45

**Anhang 18
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Grundgehaltssätze - auslaufend -
(Monatsbeträge in Euro)**

Anlage 10

Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung C

Besoldungs- gruppe/Stufe	2 - Jahres - Rhythmus														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	4359,72	4496,58	4634,08	4771,61	4911,44	5051,74	5192,00	5332,30	5472,56	5612,86	5753,14	5893,45	6033,77	6174,04	
C 2	4368,12	4586,77	4806,15	5029,79	5253,32	5476,90	5700,47	5924,07	6147,62	6371,21	6594,79	6818,34	7041,91	7265,51	7489,09
C 3	4764,78	5017,31	5270,45	5523,62	5776,76	6029,94	6283,09	6536,22	6789,38	7042,50	7295,66	7548,83	7801,97	8055,14	8308,28
C 4	5955,95	6210,44	6464,92	6719,41	6973,88	7228,35	7482,89	7737,31	7991,78	8246,27	8500,76	8755,23	9009,72	9264,20	9518,66

Anhang 19
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Grundgehaltssätze - auslaufend -
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 11
Gültig ab 1. Februar 2025

Landesbesoldungsordnung H

Besoldungs- gruppe/Stufe	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
H 1	4359,72	4496,58	4634,07	4771,61	4911,44	5051,72	5192,01	5332,30	5472,56	5612,86	5753,14	5893,46	6033,77	6174,04	
H 2	4448,25	4826,61	4805,16	4987,09	5169,03	5350,95	5532,85	5714,78	5896,70	6078,64	6260,54	6442,48	6624,41	6806,34	
H 3	4648,97	5048,98	5249,04	5449,05	5649,05	5849,09	6049,07	6249,06	6449,11	6649,14	6849,18	7049,13	7249,16	7449,19	7649,22
H 4	5250,85	5482,17	5713,49	5944,83	6176,14	6407,44	6638,83	6870,09	7101,46	7332,80	7564,12	7795,41	8026,76	8258,12	8489,42
H 5	6480,03	6732,08	6984,10	7236,14	7488,16	7740,17	7992,25	8244,22	8496,27	8748,28	9000,30	9252,33	9504,40	9756,39	10008,42

Anhang 20
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 12

Gültig ab 1. Februar 2025

Besoldungsgruppe des Einstiegsamtes, in das die Anwärtlerin oder der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 5 bis A 8	1499,78
A 9 bis A 11	1555,68
A 12	1700,37
A 13	1733,28
A 13 mit Zulage nach § 47 Buchstabe d	1769,43

Anhang 21 (zu Artikel 2 Nummer 3)

Familienzuschlag für Beamtinnen und Beamte (Monatsbeträge in Euro)

Anlage 13

Gültig ab 1. Februar 2025

Stufe 1 (§ 43 Absatz 1)

Besoldungsgruppen A 5 und A 6	164,64
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	162,70
übrige Besoldungsgruppen	168,76

Stufe 2 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	315,07	315,07	363,01	504,03	633,21	772,13	928,44
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	311,35	311,35	359,30	500,31	629,50	768,42	924,73
übrige Besoldungsgruppen	315,68	315,68	363,63	504,63	633,62	772,75	929,04

Stufe 3 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	717,01	856,32	999,88	1166,69	1324,84	1487,43	1677,53
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	711,52	850,84	994,40	1161,21	1319,35	1481,96	1672,05
übrige Besoldungsgruppen	714,09	853,40	996,96	1163,77	1321,92	1484,52	1674,61

Stufe 4 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	1410,99	1571,84	1740,64	1937,16	2117,59	2308,49	2529,94
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	1400,01	1560,85	1729,65	1926,18	2106,60	2297,51	2518,96
übrige Besoldungsgruppen	1397,12	1557,97	1726,77	1923,29	2103,71	2294,63	2516,07

Stufe 5 (§ 43 Absatz 2)

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	2110,07	2294,95	2490,12	2713,91	2917,52	3149,72	3403,65
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	2093,58	2278,46	2473,62	2697,42	2901,03	3133,23	3387,16
übrige Besoldungsgruppen	2085,25	2270,13	2465,29	2689,10	2892,69	3124,90	3378,83

Für das fünfte und jedes weitere im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag um

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 und A 6	740,17	767,33	797,36	828,69	855,57	903,68	942,04
Besoldungsgruppen A 7 und A 8	734,66	761,83	791,85	823,18	850,07	898,17	936,54
übrige Besoldungsgruppen	729,22	756,38	786,41	817,74	844,62	892,73	931,09

Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich in der Besoldungsgruppe A 5 für das erste zu berücksichtigende Kind um 8,41 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 25,17 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**noch Anhang 21
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

**Famillenzuschlag
für Anwärtinnen und Anwärter***
(Monatsbeträge in Euro)

noch Anlage 13
Gültig ab 1. Februar 2025

**Stufe 1
(§ 43 Absatz 1)**

Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	162,70
übrige Besoldungsgruppen	170,82

**Stufe 2
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	311,35	311,35	359,30	500,31	629,50	768,42	924,73
übrige Besoldungsgruppen	319,49	319,49	367,45	508,45	637,63	776,56	932,86

**Stufe 3
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	711,52	850,84	994,40	1161,21	1319,35	1481,96	1672,05
übrige Besoldungsgruppen	719,66	858,97	1002,53	1169,34	1327,48	1490,09	1680,18

**Stufe 4
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	1400,01	1560,85	1729,65	1926,18	2106,60	2297,51	2518,96
übrige Besoldungsgruppen	1408,14	1568,99	1737,79	1934,31	2114,74	2305,64	2527,09

**Stufe 5
(§ 43 Absatz 2)**

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	2093,58	2278,46	2473,62	2697,42	2901,03	3133,23	3387,16
übrige Besoldungsgruppen	2101,72	2286,60	2481,76	2705,56	2909,16	3141,37	3395,30

Für das fünfte und jedes weitere im Famillenzuschlag zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Famillenzuschlag um

	Mietenstufe						
	I	II	III	IV	V	VI	VII
Besoldungsgruppen A 5 bis A 8	734,66	761,83	791,85	823,18	850,07	898,17	938,54
übrige Besoldungsgruppen	734,66	761,83	791,85	823,18	850,07	898,17	938,54

Erhöhungsbetrag für die Besoldungsgruppe A 5:

Der Famillenzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 8,29 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in der Besoldungsgruppe A 5 um 24,87 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anhang 22 (zu Artikel 2 Nummer 3)

Amtszulagen und Strukturzulage

(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 14

Gültig ab 1. Februar 2025

Amtszulagen

nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 5	92,59
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 6	92,59
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 7	91,48
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 7	50 Prozent des jeweiligen Unterschiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe A 9 kw	364,76
nach Fußnote 1 und 4 zur Besoldungsgruppe A 9	364,76
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 13	254,14
nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 13	356,71
nach Fußnote 8, 10 und 11 zur Besoldungsgruppe A 13	370,70
nach Fußnote 12 zur Besoldungsgruppe A 13	295,96
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14	254,14
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 14	254,14
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe A 14	392,66
nach Fußnote 10 zur Besoldungsgruppe A 14	606,22
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 15	254,14
nach Fußnote 4 zur Besoldungsgruppe A 15	254,14
nach Fußnote 6 zur Besoldungsgruppe A 15	254,14
nach Fußnote 8 zur Besoldungsgruppe A 15	254,14
nach Fußnote 11 zur Besoldungsgruppe A 15	249,39
nach Fußnote 1 und 2 zur Besoldungsgruppe R 1	280,97
nach Fußnote 3 bis 8 zur Besoldungsgruppe R 2	280,97
nach Fußnote 9 zur Besoldungsgruppe R 2	421,46
nach Fußnote 3 und 5 zur Besoldungsgruppe R 3	280,97
nach § 46	284,22

Strukturzulage

nach § 47	
Buchstabe a	11,36
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	90,89
Doppelbuchstabe bb	102,63
Buchstabe c	114,06
Buchstabe d	114,06
nach § 87 Absatz 4 Satz 3	114,06

Anhang 23
(zu Artikel 2 Nummer 3)

Stellenzulagen und andere Zulagen

(Monatsbeträge in Euro)

Anlage 15

Gültig ab 1. Februar 2025

nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 9	8 Prozent des Endgrundgehaltes der Besoldungsgruppe A 9
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	78,81
nach Fußnote 7 zur Besoldungsgruppe A 13 kw	18,35
nach Fußnote 3 zur Besoldungsgruppe A 14 kw	48,45
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe C 2 kw	106,93
nach Fußnote 2 zur Besoldungsgruppe B 2	117,92
nach Fußnote 1 zur Besoldungsgruppe B 3	117,92
nach § 49 oder § 50 oder § 51	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	66,87
A 7 und A 8 und für Anwärter	66,08
ab A 9	65,28
von zwei Jahren in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	133,75
A 7 und A 8 und für Anwärter	132,16
ab A 9	130,56
nach § 52	
Die Zulage beträgt	
in der Laufbahngruppe 1 mit dem zweiten Einstiegsamt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	17,90
A 7 und A 8	17,69
ab A 9	17,48
in der Laufbahngruppe 2 mit dem ersten Einstiegsamt	39,31
nach § 53 Abs. 1	
Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	386,54
A 7 und A 8	381,94
ab A 9	377,33
Nummer 2	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
bis A 6	309,23
A 7 und A 8	305,54
ab A 9	301,86

**noch Anhang 23
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

noch Anlage 15

Gültig ab 1. Februar 2025

nach § 55 Abs. 1 Nummer 1	
in voller Höhe	153,75
in Höhe von 2/3	102,50
nach § 55 Abs. 1 Nummer 2	93,17
nach § 55 Abs. 1 Nummer 3	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 13	21,75
A 14	57,42
nach § 55 Abs. 1 Nummer 4	
a) als Fachkraft	153,75
b) als Leiterin oder Leiter	256,25
nach § 58 Nummer 1	
Die Zulage beträgt in den Besoldungsgruppen	
A 6	161,06
A 7 und A 8	159,14
A 9	157,23
ab A 10	196,52
nach § 58 Nummer 2	
bis A 6	40,27
A 7 und A 8	39,79
ab A 9	39,31
nach § 58 Nummer 3	142,67
nach § 63	266,50
nach § 64	
Die Zulage beträgt bei gleichzeitiger Ausübung eines Amtes in	
R 1	210,68
R 2	235,83
nach § 67	102,26

**Anhang 24
(zu Artikel 2 Nummer 3)**

Anlage 16
Gültig ab 1. Februar 2025

Auslandsbesoldung

Auslandzuschlag

VI.1 (Monatsbeträge in Euro)

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
		2.976,37	3.081,25	3.452,89	3.861,57	4.327,49	4.858,04	5.471,55	6.168,57	6.960,62	7.860,49	8.882,96	10.044,72	11.364,73	
	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	bis	ab
Grundgehaltsspanne	2.976,36	3.081,24	3.452,88	3.861,56	4.327,48	4.858,03	5.471,54	6.168,56	6.960,61	7.860,48	8.882,95	10.044,71	11.364,72	12.864,58	12.864,59
Zonenstufe	Die betragmäßige Zuordnung ergibt sich aus Anlage VI, Tabelle VI.1 zum Bundesbesoldungsgesetz.														
1															
2															
3															
4															
5															
6															
7															
8															
9															
10															
11															
12															
13															
14															
15															
16															
17															
18															
19															
20															

Anhang 25
(zu Artikel 2 Nummer 4)
Berechnungsgrundlagen
für den Ergänzungszuschlag
zum Familienzuschlag

Anlage 18
 Gültig ab 1. Januar 2025

Monatliche Nettoalimentation

Berechnung der monatlichen Nettoalimentation im Sinne des § 71b Absatz 3; maßgeblich sind die Bezüge des jeweiligen Monats:

	Summe aus der Besoldung im Sinne des § 1 Absatz 4 (Dienstbezüge) und § 1 Absatz 5 (sonstige Bezüge) mit Ausnahme der Zuschläge nach § 8 Absatz 2 in Verbindung mit § 70, nach § 91 Absatz 4 und nach § 9 Absatz 2 in Verbindung mit § 71
+	Sonderzahlungen
-	Gesetzliche Lohnsteuer unter Berücksichtigung der Lohnsteuerklasse III und individueller Freibeträge und des nach dem Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) steuerlich absetzbaren Anteils der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (sog. "BEG-Anteil").
-	Solidantätzuschlag (ohne Berücksichtigung der Kirchensteuer)
-	Kosten einer die Beihilfeleistungen des Dienstherrn ergänzenden Kranken- und Pflegeversicherung
+	Erstattungsbetrag für Beiträge zur Krankenversicherung nach § 12a Satz 2 der Beihilfenverordnung NRW
+	Kindergeld ¹
=	Monatliche Nettoalimentation

¹ Eine Berücksichtigung des Kindergeldes erfolgt unabhängig davon, ob es der Beamtin oder dem Beamten, der Richterin oder dem Richter oder einer dritten Person gezahlt wird.

noch Anhang 25
(zu Artikel 2 Nummer 4)
Berechnungsgrundlagen
für den Ergänzungszuschlag
zum Familienzuschlag

noch Anlage 18
 Gültig ab 1. Januar 2025

Monatliches Nettoeinkommen der Ehegattin oder des Ehegatten

Berechnung des monatlichen Nettoeinkommens der Ehegattin oder des Ehegatten im Sinne des § 71b Absatz 2 Satz 2; maßgeblich sind die Werte des Kalenderjahres, für das ein Antrag nach § 71b Absatz 1 gestellt wurde:

	Summe der Einkünfte des Kalenderjahres, die der Lohnsteuer gemäß § 38 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862) in der jeweils geltenden Fassung unterliegen, für die keine Pauschalversteuerung durch den Arbeitgeber erfolgt.
-	Gesetzliche Lohnsteuer unter Berücksichtigung der Lohnsteuerklasse V und individueller Freibeträge. Bei Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern: Steuerliche Berücksichtigung des nach dem Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009 (BGBl. I S. 1959) steuerlich absetzbaren Anteils der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (sog. "BEG-Anteil").
-	Solidaritätszuschlag (ohne Berücksichtigung der Kirchensteuer)
-	Arbeitnehmeranteil an den gesetzlichen Sozialabgaben. Bei Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern: Kosten einer die Beihilfeleistungen des Dienstherrn ergänzenden Kranken- und Pflegeversicherung
+	Erstattungsbetrag für Beiträge zur Krankenversicherung nach § 12a Satz 2 der Beihilfenverordnung NRW
=	Nettoeinkommen des Kalenderjahres der Ehegattin oder des Ehegatten nach § 71b Absatz 2 Satz 2 Das auf einen Monat entfallende Nettoeinkommen (monatliches Nettoeinkommen) entspricht dem zwölften Teil des Nettoeinkommens des Kalenderjahres. Bei der Berechnung des Nettoeinkommens findet § 3 Absatz 6 entsprechende Anwendung.

noch Anhang 25
(zu Artikel 2 Nummer 4)
Berechnungsgrundlagen
für den Ergänzungszuschlag
zum Familienzuschlag

noch Anlage 18
GGÜg ab 1. Januar 2025

Monatlicher grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf

Monatlicher grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf im Sinne des § 71b Absatz 1 Nummer 2 für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter mit Anspruch auf Familienzuschlag der

Stufe 1
(§ 43 Absatz 1)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	1.885,72 €	1.947,52 €	2.011,61 €	2.086,00 €	2.163,52 €	2.224,48 €	2.306,88 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	2.166,58 €	2.239,65 €	2.313,35 €	2.398,80 €	2.478,55 €	2.558,15 €	2.652,91 €

Stufe 2
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	2.582,40 €	2.654,50 €	2.731,18 €	2.819,30 €	2.899,41 €	2.985,25 €	3.081,38 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	2.969,76 €	3.052,68 €	3.140,86 €	3.242,29 €	3.334,32 €	3.433,04 €	3.543,69 €

Stufe 3
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	3.252,34 €	3.338,18 €	3.426,30 €	3.528,15 €	3.624,29 €	3.722,71 €	3.837,15 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	3.740,19 €	3.838,91 €	3.940,25 €	4.057,37 €	4.167,93 €	4.281,12 €	4.412,72 €

Stufe 4
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	3.897,39 €	3.994,67 €	4.096,53 €	4.214,40 €	4.321,98 €	4.436,28 €	4.565,74 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	4.482,00 €	4.593,87 €	4.711,01 €	4.846,56 €	4.979,28 €	5.100,67 €	5.289,60 €

Stufe 5
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	4.537,86 €	4.647,73 €	4.763,32 €	4.894,93 €	5.013,85 €	5.148,99 €	5.295,48 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	5.218,54 €	5.344,89 €	5.477,82 €	5.629,17 €	5.786,84 €	5.921,34 €	6.089,80 €

Stufe 6
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	5.178,33 €	5.300,79 €	5.430,11 €	5.575,48 €	5.705,92 €	5.862,70 €	6.025,22 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	5.955,08 €	6.095,91 €	6.244,63 €	6.411,79 €	6.561,81 €	6.742,11 €	6.929,90 €

Stufe 7
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	5.818,80 €	5.953,85 €	6.096,90 €	6.255,99 €	6.397,89 €	6.576,41 €	6.754,96 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	6.691,62 €	6.846,93 €	7.011,44 €	7.194,39 €	7.367,57 €	7.562,87 €	7.768,20 €

Stufe 8
(§ 43 Absatz 2)

Mietenstufe	I	II	III	IV	V	VI	VII
Grundsicherungsrechtlicher Gesamtbedarf	6.459,27 €	6.605,91 €	6.763,59 €	6.936,52 €	7.099,85 €	7.290,12 €	7.484,70 €
115 % des grundsicherungsrechtlichen Gesamtbedarfs	7.428,16 €	7.597,95 €	7.778,24 €	7.977,99 €	8.163,34 €	8.383,84 €	8.607,41 €

Anhang 26

(zu Artikel 3 Nr. 11)

Anlage 1 (Gültig ab dem 1. November 2024)

Unfallausgleich zu § 41 Absatz 1:

Der Unfallausgleich beträgt bei einem Grad der Schädigungsfolgen von:

30	187 Euro
40	253 Euro
50	377 Euro
60	470 Euro
70	644 Euro
80	768 Euro
90	924 Euro
100	1 028 Euro

Die vorstehenden Vornhundredsätze stellen Durchschnittssätze dar; ein um fünf geringerer Grad der Schädigungsfolgen wird vom höheren Zehnergrad mit umfasst.

Anhang 27

(zu Artikel 3 Nr. 12)

Anlage 2 (Gültig ab dem 1. November 2024)

Zuschläge nach den §§ 59 bis 61

(1) Der Kindererziehungszuschlag nach § 59 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 3,68 Euro.

(2) Der Kindererziehungsergänzungszuschlag nach § 59 Absatz 5 beträgt für jeden angefangenen Monat, in dem die darin genannten Voraussetzungen erfüllt werden:

1. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe a 1,12 Euro,
2. im Fall von § 59 Absatz 5 Nummer 1 Buchstabe b 0,82 Euro.

Abweichend von Satz 1 beträgt der Kindererziehungsergänzungszuschlag bei der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes bis zur Vollendung seines 18. Lebensjahres 1,27 Euro.

(3) Der Kinderzuschlag nach § 60 Absatz 1 beträgt für jeden Monat der Kindererziehungszeit 2,22 Euro.

(4) Der Pflegezuschlag nach § 61 Absatz 1 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege einer pflegebedürftigen Person 2,56 Euro.

(5) Der Kinderpflegeergänzungszuschlag nach § 61 Absatz 3 beträgt für jeden Kalendermonat der nicht erwerbsmäßigen Pflege eines pflegebedürftigen Kindes 1,27 Euro.

2221
2223

**Gesetz
zur Aufhebung des Staatsgesetzes betreffend
die Kirchenverfassungen der evangelischen
Landeskirchen, des Gesetzes über die Verwaltung
des katholischen Kirchenvermögens und weiterer
Vorschriften sowie zur Regelung von Rechten und
Pflichten im förmlichen Disziplinarverfahren
der Evangelischen Landeskirchen
in Nordrhein-Westfalen**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

**Gesetz
zur Aufhebung des Staatsgesetzes betreffend
die Kirchenverfassungen der evangelischen
Landeskirchen, des Gesetzes über die Verwaltung
des katholischen Kirchenvermögens und weiterer
Vorschriften sowie zur Regelung von Rechten und
Pflichten im förmlichen Disziplinarverfahren
der Evangelischen Landeskirchen
in Nordrhein-Westfalen**

Vom 29. Oktober 2024

2221

Artikel 1

Aufhebung des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen

Das Staatsgesetz betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen vom 8. April 1924 (PrGS. S. 221), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Juni 2003 (GV. NRW. S. 313) geändert worden ist, wird aufgehoben.

2223

Artikel 2

Aufhebung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens

Das Gesetz über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 (PrGS. S. 585), das zuletzt durch Gesetz vom 17. Juni 2003 (GV. NRW. S. 313) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 3

**Aufhebung des Staatsgesetzes betreffend
Anordnung kirchlicher Neu- und Reparaturbauten
in den katholischen Diözesen**

Das Staatsgesetz betreffend Anordnung kirchlicher Neu- und Reparaturbauten in den katholischen Diözesen vom 24. November 1925 (PrGS S. 161) wird aufgehoben.

Artikel 4

Folgeänderungen

Es werden aufgehoben:

1. die Zuständigkeitsverordnung zur Ausführung des Staatsgesetzes betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen vom 4. August 1924 (PrGS S. 594), die zuletzt durch Gesetz vom 17. Juni 2003 (GV. NRW. S. 313) geändert worden ist,
2. die Verordnung über die Ausübung der Rechte des Staates bei der Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Oktober 1924 (PrGS S. 731),
3. die Anordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 vom 24. Oktober 1924 (PrGS S. 732),
4. die Zuständigkeitsverordnung zur Ausführung des Staatsgesetzes betreffend Anordnung kirchlicher Neu- und Reparaturbauten in den katholischen Diözesen vom 8. Februar 1926 (PrGS S. 45),
5. die Anordnung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung betreffend die Veröffentlichung der Regelung der Rechtsgültigkeit der Beschlüsse der

kirchlichen Verwaltungsorgane durch die bischöflichen Behörden vom 20. Februar 1928 (PrGS S. 12),

6. die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Verwaltung des katholischen Kirchenvermögens vom 24. Juli 1924 vom 11. Dezember 1939 (PrGS S. 118).

2221

Artikel 5

**Gesetz über Rechte und Pflichten im förmlichen
Disziplinarverfahren der Evangelischen Landeskirchen
in Nordrhein-Westfalen**

§ 1

(1) Im förmlichen Disziplinarverfahren der Evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen gegen Geistliche sowie Kirchenbeamtinnen und -beamte sind

1. die kirchlichen Disziplinarbehörden berechtigt, Zeugen und Sachverständige zu vereidigen,
2. die Amtsgerichte verpflichtet, Rechtshilfeersuchen der kirchlichen Disziplinarbehörden stattzugeben.

(2) Eine Vollstreckung kirchlicher Disziplinarentscheidungen findet staatlicherseits nur dann statt, wenn sie von der für den Sitz der jeweiligen Evangelischen Landeskirche zuständigen Bezirksregierung für vollstreckbar erklärt werden. Geldstrafen dürfen staatlicherseits nur vollstreckt werden in der Höhe, wie sie bei den Landesbeamtinnen und -beamten zulässig ist. Zuständigkeit und Verfahren bestimmen sich nach den allgemeinen Vorschriften über die Verwaltungsvollstreckung von Geldforderungen.

§ 2

In Verfahren wegen Verletzung der Lehrverpflichtung findet eine staatliche Mitwirkung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 nicht statt.

2221

Artikel 6

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zu dem Vertrag
des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Lippischen
Landeskirche**

Artikel 2 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Lippischen Landeskirche vom 28. Mai 1958 (GV. NW. S. 205) wird aufgehoben.

Artikel 7

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. November 2024 in Kraft.

Düsseldorf, den 29. Oktober 2024

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

Hendrik W ü s t

Die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz
und Energie

Mona N e u b a u r

Der Minister der Justiz

Dr. Benjamin L i m b a c h

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und
Chef der Staatskanzlei

Nathanael L i m i n s k i

Einzelpreis dieser Nummer 9,30 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 50,- Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 93,- Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30.4. bzw. 31.10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31.10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabensendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium des Innern NRW, Friedrichstr. 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: Bagel Security-Print GmbH & Co. KG, Grunewaldstraße 59, 41066 Mönchengladbach

ISSN 0177-5359